FINANZEN

Allein gegen Steuerflucht

Deutsche Unternehmen müssen sich auf einen verschärften Zugriff der Finanzämter gefasst machen, wenn sie Gewinne ins Ausland verlagern, um Steuern zu sparen. Union und SPD wollen nicht warten, bis 2015 ein Abkommen zahlreicher Industrieländer in Kraft treten soll, das Gewinnverlagerungen einschränkt. „Im Vorgriff auf diese internationale Regelung werden wir in Deutschland gegebenenfalls gesetzgeberisch voranschreiten“, heißt es in einem Entwurf für den Koalitionsvertrag, den Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) in die Finanzarbeitsgruppe von Union und SPD eingebracht hat. Sollten die Vereinbarungen zudem nicht streng genug ausfallen, will die neue Bundesregierung deutsches Recht verschärfen. „Soweit sich unsere Ziele in diesem Zeitraum nicht realisieren lassen, behalten wir uns nationale Maßnahmen vor.“ Die neuen Regierungspartner wollen künftig etwa verhindern, dass Zahlungen an Briefkastenfirmen im Ausland die Steuerlast deutscher Unternehmen in der Heimat mindern. Auch die Gewinnverlagerung durch überhöhte Lizenzgebühren an Töchter im Ausland soll eingeschränkt werden. Die Steuerverwaltung, bislang weitgehend Sache der Länder, will die neue Bundesregierung zudem stärker zentralisieren. So werde das Bundeszentralamt für Steuern „zum zentralen Koordinator der Steuerfahndungsstellen der Bundesländer weiterentwickelt“, heißt es in dem Papier. Das Amt soll zudem „internationale Schnittstelle“ und damit alleiniger Ansprechpartner für Steuerfahnder aus dem Ausland werden.

HENNER ROSENKRANZ / DER SPIEGEL

Tönnies-Schlachthof in Rheda-Wiedenbrück

HANDEL

China stoppt Fleischimporte

Die deutschen Schlachtriesen Westfleisch und Tönnies müssen um ihren wichtigen Exportmarkt China fürchten. Schon vor Wochen verhängten die chinesischen Behörden eine Einfuhrsperre für Produkte des Westfleisch-Konzerns. Nun folgte eine vorläufige Sperre für Fleisch aus dem Tönnies-Hauptwerk in Rheda-Wiedenbrück. Liefern können nur noch zwei kleinere Tönnies-Schlachtbetriebe. Dem Werk in Rheda-Wiedenbrück werfen die Chinesen eine falsche Auszeichnung auf Verpackungen vor. Offenbar waren auf zweisprachigen Etiketten die englischen Angaben nicht korrekt ins Chinesische übersetzt worden. Bei Westfleisch waren in einer Lieferung von 50 Tonnen ganzer Schweineköpfe 20 Ohrmarken gefunden worden. Anfang 2014 wird laut Westfleisch eine chinesische Veterinärdelegation zu Gesprächen erwartet. Danach hoffe man auf ein Ende der Sperre. China sei ein „wichtiges Absatzgebiet“ für den Fleischproduzenten. Bei Tönnies macht das China-Geschäft rund fünf Prozent des Gesamtumsatzes aus. Lukrativ ist vor allem der Verkauf der in China begehrter Schweinefüße. In der Branche kursieren nun Befürchtungen, die chinesische Seite suche aus politischen Gründen Anlässe für Importstopps.

GESUNDHEIT

Leitfaden für Lobbyisten

Die Pharmaindustrie will die Arzneimittelsparpläne der neuen Bundesregierung mit aller Macht stoppen. Per E-Mail forderte der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) seine 240 Mitglieder auf, „sich kurzfristig telefonisch an den Bundestagsabgeordneten Ihres Wahlkreises zu wenden, um Ihrer Empörung Ausdruck zu verleihen“. Dadurch solle gegen die „Fortsetzung planwirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen“ vorgegangen werden, wie der Verband schreibt. Bei ihren Koalitionsverhandlungen hatten Union und SPD in der vergangenen Woche vereinbart, den Zwangsrabatt für die Pharmaindustrie ab 2014 nicht – wie eigentlich vorgesehen – auf sechs Prozent zu senken, sondern nur auf sieben. Außerdem will die zuständige Arbeitsgruppe den Preisstopp für patentgeschützte Arzneimittel verlängern. Der Verband rät seinen Mitgliedern nun: „Unterschätzen Sie nicht Ihre Bedeutung! Ein Alarmruf eines Unternehmens mit Produktion im eigenen Wahlkreis hat für jeden Abgeordneten höchste Priorität.“ Für Unternehmen, die mit den politischen Gepflogenheiten wenig vertraut sind, hat der Verband eine detaillierte Anleitung zum Vorgehen angefügt – Formulierungshilfen inklusive: Man möge telefonisch „um dringenden Rückruf des MdB“ bitten, „wegen skandalöser Pläne der Gesundheitspolitiker; mit erheblichen Auswirkungen am Standort; Nachsatz: ‚es brennt‘“. Das Gespräch mit den Abgeordneten solle „möglichst offen, authentisch und gegebenenfalls auch emotional“ geführt werden.